

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 27.03.2012

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 22:20 Uhr

**Anwesend sind:**

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 19:10 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 22:20 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 22:20 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 22:20 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 22:20 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 22:00 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 21:50 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 22:20 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 22:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 22:10 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen ausgegeben:

Zur Sitzung am	Inhalt
27.03.2012	Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner, Dr. Ulrike Wünscher (alle CDU) zur BV V/2011/10306, Unterabschnitt 4.441 Konservatorium

Vorlagen-Nummer: V/2012/10555  
TOP 3.1.9.1

- 10.04.2012 Abstimmungsergebnisse des Kulturausschusses am 07.03.2012 zu Produkten des Dezernates der Oberbürgermeisterin
- 10.04.2012 Unterlagen zu Mittelreduzierungen 2012 von Produkten des Dezernates der Oberbürgermeisterin (10 Seiten)
- Niederschriften der öffentlichen / nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 13.03.2012

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
  - 3.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012  
Dezernat IV  
Vorlage: V/2011/10306
    - 3.1.1. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 1  
(Franzigmark)  
Vorlage: V/2012/10385
    - 3.1.2. Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3  
(Schulgarten Galgenberg)  
Vorlage: V/2012/10384
      - 3.1.2.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3  
(V/2012/10384)  
(Schulgarten Galgenberg)  
Vorlage: V/2012/10565
    - 3.1.3. Untersetzung der Mittelreduzierung 4  
(Hilfen zur Überwindung soz. Schwierigkeiten)  
Vorlage: V/2012/10398
    - 3.1.4. Untersetzung der Mittelreduzierung 5  
(Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege: lfd. Zuwendungen)  
Vorlage: V/2012/10405

- 3.1.5.      Untersetzung der Mittelreduzierung 6  
            (Soz. Angelegenheiten- Zuschüsse für Kultureinrichtungen und der Zoo GmbH)  
            Vorlage: V/2012/10406
- 3.1.6.      Untersetzung der Mittelreduzierung 7  
            ((EB Kita)  
            Vorlage: V/2012/10403
- 3.1.7.      Untersetzung der Mittelreduzierung 8  
            (Sport)  
            Vorlage: V/2012/10408
- 3.1.8.      Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im  
            Stadtsingechor - Teil 9  
            Vorlage: V/2012/10426
- 3.1.9.      Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im  
            Konservatorium - Teil 10  
            Vorlage: V/2012/10427
- 3.1.9.1.    Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner, Dr. Ulrike  
            Wünscher (alle CDU) zur BV V/2011/10306, Unterabschnitt 4.441 Konservatorium  
            Vorlage: V/2012/10555
- 3.1.10.     Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung in der  
            Stadtbibliothek - Teil 11  
            Vorlage: V/2012/10425
- 3.1.10.1.   Änderungsantrag von CDU- und SPD-Stadträten des Kulturausschusses zur BV  
            V/2011/10306, Unterabschnitt 4.422 Stadtbibliothek  
            Vorlage: V/2012/10553
- 3.1.10.2.   Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner und Dr. Ulrike  
            Wünscher (alle CDU) zur BV V/2012/10425 Umsetzung der Vorschläge zur  
            Mittelreduzierung / HHK in der Stadtbibliothek - Teil 11  
            Vorlage: V/2012/10554
- 3.1.11.     Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im  
            Stadtmuseum - Teil 12  
            Vorlage: V/2012/10424
- 3.1.12.     Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13  
            (Raumflugplanetarium)  
            Vorlage: V/2012/10415
- 3.1.13.     Umsetzung der Vorschläge Mittelreduzierung Teil 14  
            (Fortschreibung SEPL)  
            Vorlage: V/2012/10544
- 3.1.14.     Untersetzung der Mittelreduzierung 15  
            (Schulturnhallen / Vereinssport)  
            Vorlage: V/2012/10558
- 4.          Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 4.1. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen  
Vorlage: V/2012/10476
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

### **zu 3      **Beschlussvorlagen****

---

#### **zu 3.1    **Einbringung doppischer Haushalt 2012**** **Dezernat IV** **Vorlage: V/2011/10306**

---

An der umfangreichen Diskussion beteiligten sich alle Mitglieder des Finanzausschusses sowie Herr Kogge und die Vertreter der einzelnen Verwaltungsbereiche.

Herr Dr. Meerheim dankte den verantwortlichen Mitarbeitern der Verwaltung im Namen des Ausschusses ausdrücklich für die gut aufbereiteten und übersichtlichen Unterlagen, die per Mail versandt und im Session zur heutigen Sitzung eingestellt wurden.

Zur allgemeinen Verfahrensweise regte Herr Dr. Meerheim an, die zu den Produkten gehörenden Vorlagen zur Mittelreduzierung sowie die Änderungsanträge bei den entsprechenden Punkten zu diskutieren, die Abstimmung jedoch in der Abschlussberatung am 12.04.2012 durchzuführen.

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Mehrere Mitglieder des Ausschusses kritisierten, dass die genaue Analyse, Prüfung und Abwägung der Vorschläge der Verwaltung bei fast allen Vorlagen fehle. Die Einsparungen werden zum Teil nur bereichsweise betrachtet und nicht gesamtstädtisch (z. B. Personaleinsparung und Übergang in das Transferpersonal). Aufgrund des zeitlichen Fortschritts des Haushaltsjahres müssten die tatsächlich möglichen Einsparungen bereits um mind. ¼ Jahr verringert werden.

Herr Kogge führte aus, dass in allen vorberatenden Fachausschüssen sehr detailliert über die Vorlagen informiert und diskutiert wurde. Im Rahmen einer schwierigen Haushaltslage seien schwierige Entscheidungen nicht vermeidbar. Treffen diese den freiwilligen Bereich, der zum großen Teil das Leben in der Stadt ausmacht, sind diese Entscheidungen sowohl für die Verwaltung als auch für den Stadtrat noch schwieriger zu treffen.

#### **Stadtarchiv**

Herr Jacob (Leiter Stadtarchiv) führte aufgrund einer Anfrage aus, dass die Gebührensatzung des Stadtarchivs nach sechsjährigem Bestand überarbeitet werde. Aus diesem Grund werden erhöhte Einnahmen geplant. Die Differenz zwischen den im Jahr 2011 geplanten Mitteln und dem Ist 2011 ist hauptsächlich darin begründet, dass aufgrund der

vorläufigen Haushaltsführung sächliche Ausgaben nur in sehr eingeschränktem Maß getätigt wurden. Ca. 40 T€ wurden aus diesem Grund nicht verausgabt. Weiterhin sei eine im Fachkonzept bestätigte Stelle eines Papierrestaurators (ca. 60 T€) nicht besetzt worden. Diese sei jedoch dringend erforderlich.

### **Stadtbibliothek**

Herr Krause avisierte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, in dem beantragt werden soll, dass 1 € Gebühr pro Nutzer für alle Bücher erhoben werden, die auf der Spiegel-Bestsellerliste aufgeführt sind.

Frau Dr. Labenz (Leiterin Stadtbibliothek) erläuterte, dass geänderte Öffnungszeiten mit ganztägigen Schließungen im vergangenen Jahr eingeführt wurden. Diese wurden von den Nutzern gut angenommen. Im letzten Jahr wurden 1,3 Mio. Entleihungen registriert. Die im Stellenplan zu erkennende Unterbesetzung konnte durch die geänderten Öffnungszeiten kompensiert werden.

Es folgte eine längere Stellenplandiskussion. In deren Ergebnis wurde festgestellt, dass die geplante Zahl im Stellenplan, die durch Stadtratsbeschluss bestätigt wurde, bereits jetzt schon reduziert und der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass das Personal (die Stellen, die nicht besetzt sind) gestrichen werden könnte, damit das Konsolidierungsziel bereits erreicht wurde und keine Einschränkungen für die Bevölkerung erwachsen.

**Die Verwaltung wurde gebeten, diesen Sachverhalt zu prüfen und ggf. einen geänderten Stellenplan zur Abschlussberatung vorzulegen.**

Weiterhin wurde angeregt, zukünftig die Summe der Nutzer und der Ausleihen als Basiskennzahl in das Produkt aufzunehmen.

**zu Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /  
3.1.10 Haushaltskonsolidierung in der Stadtbibliothek - Teil 11  
Vorlage: V/2012/10425**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses IV/2006/05856. Die Mittel aus Gebühreneinnahmen werden der Haushaltskonsolidierung zur Verfügung gestellt.

### **Finanzielle Auswirkung:**

Produkt: 1.27201      120.000 €

**zu 3.1.10.1 Änderungsantrag von CDU- und SPD-Stadträten des Kulturausschusses zur BV V/2011/10306, Unterabschnitt 4.422 Stadtbibliothek  
Vorlage: V/2012/10553**

---

Der Änderungsantrag bezieht sich auf den Haushaltsplan, Haushaltskonsolidierungskonzept, Maßnahme:

**Dezernat IV:** IV/135

Stufenweise Schließung von 2 Stadtteilbibliotheken

**Produkt(e):** Stadtbibliothek

**Beschreibung der Maßnahme:**

Schließung der Stadtteilbibliothek Süd im Jahr 2013 und Schließung der Stadtteilbibliothek Nord im Jahr 2015. Die weitere Ausleihe in diesen Stadtteilen ist durch den Einsatz des Bibliotheksbusses vorgesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtteilbibliotheken Nord und Süd werden nicht geschlossen. Die Stadtverwaltung prüft alternative Standorte im Süden, um Miet- und Betriebskosten zu sparen. Die Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken Süd und Nord werden nach Effizienzkriterien optimiert, evtl. Reduzierungen der Öffnungszeiten, um Personalkosten einzusparen. Ein intensiverer Einsatz der Fahrbibliothek in diesen Stadtteilen ist zu prüfen.
2. Die Stadtverwaltung legt ein untersetztes Personalkonzept vor, um sicherzustellen, dass ein vermindertes Angebot auch mit einer Personalreduzierung einhergeht.

**zu 3.1.10.2 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner und Dr. Ulrike Wünscher (alle CDU) zur BV V/2012/10425 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / HHK in der Stadtbibliothek - Teil 11  
Vorlage: V/2012/10554**

---

Herr Dr. Meerheim informierte, dass die Vorlage, auf die sich der Änderungsantrag bezieht, in der Sitzung des Kulturausschusses am 7.3.2012 einstimmig abgelehnt wurde. Somit sei nur noch der Punkt 3 des Änderungsantrages relevant.

Es wurde bestätigt, dass der Medienerwerb ausführlich in den Fachausschusssitzungen diskutiert wurde.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtratsbeschluss IV/2006/05856 wird nicht aufgehoben.
2. Die Mittel aus Gebühreneinnahmen werden nach Beschlusslage auch im Jahr 2012 rückwirkend zum 1.1. 2012 für den Medienankauf freigegeben.
3. Öffnungszeiten und Personaleinsatz in der Stadtbibliothek werden nach Effizienzkriterien geprüft, um evtl. durch Reduzierung der Öffnungszeiten einen Beitrag zu Kostenreduzierung zu leisten.

**Konservatorium**

**zu 3.1.9 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /  
Haushaltskonsolidierung im Konservatorium - Teil 10  
Vorlage: V/2012/10427**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Reduzierung der Aufwendungen des Konservatoriums.

**Finanzielle Auswirkung:**

Produkt: 1.26301      150.000 €

**zu 3.1.9.1 Änderungsantrag der Stadträte Harald Bartl, Dr. Annegret Bergner,  
Dr. Ulrike Wünscher (alle CDU) zur BV V/2011/10306, Unterabschnitt  
4.441 Konservatorium  
Vorlage: V/2012/10555**

---

Ein Vertreter der antragstellenden Fraktion führte aus, dass die Zusage von Frau Oberbürgermeisterin Szabados in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 13.04.2010 von der Verwaltung nicht umgesetzt wurde und aus diesem Grund der vorliegende Änderungsantrag zum Haushaltsplan (Stellenplan) gestellt wurde.

*Auszug aus der Niederschrift Finanzausschuss 13.04.2010 im Nachgang der Sitzung:*

**Stellenplan**

*Antrag CDU - Fraktion - Streichen von 8 kw-Stellen im Konservatorium finanzielle Auswirkung ab 2011*

*Es wurde von Frau Hock ausgeführt, dass frühestens in 2011 planmäßig 1 Mitarbeiter das Konservatorium verlässt. Durch die Teilzeitalternative sei das vorhandene Personal bis 2012 gebunden. Das Verhältnis zwischen fest angestellten und Honorarkräften bezüglich der Landesförderung sei nicht in Gefahr. Planmäßig müsse bis 2012 das überarbeitete Fachkonzept vorgelegt werden.*

*Frau Szabados sagte zu, falls bis 2012 ein fest angestellter Lehrer ausscheidet, wird diese Stelle mit einem fest angestellten Lehrer neu besetzt. Unter dieser Voraussetzung erfolgte die Vertagung des Antrages bis 2012.*

Im Haushaltsplanentwurf waren keine kw-Stellen ersichtlich.

Herr Effner-Jonnigkeit (Leiter Konservatorium) führte auf Anfrage aus, dass das Konservatorium zwar auch mit den geringeren Stellen funktioniert habe, aber er zurzeit nicht genügend Honorarkräfte finden könne, um die Stunden abzusichern. Daraus folge, dass weniger Stunden Unterricht auch weniger Schülern gegeben werden können. Das Verhältnis zwischen Honorarkräften und fest angestellten Mitarbeitern sei zurzeit 70 : 30. Im Musikschulgesetz, auf dessen Grundlage die Landesförderung basiere (381 T€), sei ein Verhältnis von 50 : 50 vorgesehen.

Die Verwaltung wurde gebeten, den Stellenplan zu prüfen und die Zusage der Frau Oberbürgermeisterin inklusive des Stadtratsbeschlusses zum Haushalt (Stellenplan) 2010 umzusetzen. Dann sei der Änderungsantrag unnötig.

#### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

#### **Beschlussvorschlag:**

Die zwei mit einem KW-Vermerk versehenen Stellen im Konservatorium, die im Jahr 2011 ausgelaufen sind, werden unverzüglich ausgeschrieben und mit festangestellten Lehrkräften besetzt, um das nach Musikschulgesetz Sachsen-Anhalt geforderte Verhältnis von Festangestellten zu Honorarkräften von 55% zu 45% nicht noch weiter zu unterschreiten.

#### **Stadtsingechor**

##### **zu 3.1.8 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Stadtsingechor - Teil 9 Vorlage: V/2012/10426**

---

Die Vorlage wurde in der Sitzung des Kulturausschusses einstimmig abgelehnt.

Die Verwaltung wurde beauftragt, bis zur Abschlussberatung darüber zu informieren, wie sich die geplanten Reduzierungen auswirken würden.

Wenn durch den Stadtsingechor weniger Veranstaltungen durchgeführt werden, werden auch die Einnahmen sinken. Durch die geplanten Reduzierungen fallen lt. Vorlage 10 T€ Einnahmen aus und die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt würden sich auf 20 T€ relativieren. Vielleicht könne die Haushaltskonsolidierung zum Teil auch über eine Einnahmeerhöhung erreicht werden.

Herr Elster (Leiter Stadtsingechor) beantwortete einzelne Fragen.

Auf die Frage nach den Ergebnissen der Gespräche bezüglich der Zusammenarbeit der der TOO GmbH, um Synergien zu erreichen informierte Herr Kogge, dass erste Gespräche geführt wurden. So zum Beispiel brauche der Stadtsingechor für einige Aufführungen das Festspielorchester oder einen Solisten. Die TOO GmbH könne andererseits den Chor bei bestimmten Aufführungen einsetzen. Die Gespräche seien noch nicht abgeschlossen.

Die Verwaltung wurde um eine Stellungnahme gebeten, ob die TOO GmbH zu welchen Konditionen zu einer Zusammenarbeit bereit sei und welche Haushaltseffekte zu erwarten seien.

Einige Mitglieder des Ausschusses bezweifelten die Wirtschaftlichkeit der möglichen Einspareffekte. Sollten bei der TOO GmbH Leistungen für den Stadtsingechor erbracht werden können, ist davon auszugehen, dass dort freie Kapazitäten bestehen. Falls dies so sein sollte, wäre eine Kürzung in der TOO GmbH sinnvoller. Die interne Leistungsverrechnung sollte Transparenz in die Finanzströme bringen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Reduzierung der Aufwendungen des Stadtsingechors

#### **Finanzielle Auswirkung:**

Produkt: 1.26202     30.000 €

#### **Stadtmuseum**

**zu            Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /  
3.1.11        Haushaltskonsolidierung im Stadtmuseum - Teil 12  
Vorlage: V/2012/10424**

---

Die Vorlage wurde in der Sitzung des Kulturausschusses mehrheitlich abgelehnt. Herr Jacob (amtierender Leiter Stadtmuseum) fügte an, dass im Fachausschuss ein Prüfauftrag erteilt wurde.

Auf die Kritik des Ausschusses, dass die Begründung der Vorlage eine Ablehnung geradezu herausfordere, führte Herr Kogge aus, dass die Verwaltung ausdrücklich dazu aufgefordert wurde, die Nebenwirkungen der Mittelreduzierungen darzustellen. Nur so könne der Stadtrat eine fundierte Entscheidung treffen.

Mehrere Mitglieder führten aus, dass sie durchaus zu schwierigen, einschneidenden Beschlüssen bereit seien, um die Situation des Haushaltes zu verbessern. Die Vorschläge der Verwaltung sollten jedoch durchdacht und fundiert sein.

Im Rahmen der Diskussion wurden Fehler in der Stellenübersicht deutlich. So wurde z. B. der Vertrag der Kuratorin bis zum März 2013 verlängert und die Stelle des Museumsdirektors sei nicht hinterlegt.

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Abschlussberatung die Stellenübersicht mit der Streichliste, der diesbezüglichen Vorlage und der Haushaltskonsolidierung abzugleichen und die erforderlichen Veränderungsblätter vorzulegen.

Es wurde eine ausführliche Diskussion über die Oberburg Giebichenstein geführt. Die Verwaltung wurde gebeten, den Vorschlag in Bezug auf die sinnvolle Umsetzbarkeit, auch bezüglich des Images der Stadt und der Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und das Prüfergebnis mit einer veränderten Vorlage zur Abschlussberatung einzubringen.

### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Reduzierung der Aufwendungen des Stadtmuseums.

**Finanzielle Auswirkung:** Produkt: 1.25101 157.000 €

### **Volkshochschule Adolf Reichwein**

Frau Behr (Leiterin) führte aus, dass infolge der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen der VHS Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale) und der KreisVHS Saalekreis eine Mittelreduzierung aufgrund der vertraglichen Verpflichtung ausgeschlossen wurde. Durch den Umzug werde ein erhöhter Teilnehmerkreis angesprochen, ebenso erfolge eine Abstimmung der Kursplanung im gemeinsamen Lehrprogramm mit der KVHS zur Vermeidung von Kursdopplungen. Diese Maßnahmen sollen zur Erhöhung der Einnahmen der VHS führen.

(19:10 Uhr – Herr Bönisch verließ die Sitzung.)

### **Schulverwaltungsamt**

Herr Hildebrand (Leiter Schulverwaltungsamt) führte aufgrund einer Nachfrage aus, dass die Schulbüchereien im Rahmen des Budgets der Schulen, lt. Beschluss der Schulkonferenzen, finanziert werden.

### **Schülerbeförderung**

Es wurde um Prüfung und Beantwortung bis zur Abschlussberatung des Haushaltes gebeten, ob die Transferaufwendungen in Höhe von 154.723 € aus diesem Produkt aus haushaltsrechtlicher Sicht nicht besser in die Eröffnungsbilanz aufgenommen werden. Weiterhin wurde um die Untersetzung der ordentlichen Erträge in Höhe von 409.505 € gebeten.

**zu**            **Umsetzung der Vorschläge Mittelreduzierung Teil 14**  
**3.1.13**      **(Fortschreibung SEPL)**  
                 **Vorlage: V/2012/10544**

---

Herr Kogge führte aus, dass diese Vorlage bereits in der Sitzung des Bildungsausschusses am 20.03.2012 zurückgezogen wurde, da der Vorschlag der Verwaltung noch überarbeitet werden müsse.

Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen, welche Auswirkungen die später eingebrachte Vorlage auf den Finanzplan 2012 haben könnte. Der Ausschuss erwartet eine Beantwortung dieser Frage oder die Einreichung der überarbeiteten Vorlage sowie die Berücksichtigung im Finanzplan.

**Abstimmungsergebnis:**

zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die als Anlage 1 beigefügten Änderungen der Miet- und Bewirtschaftungskosten gemäß Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2012/13.
2. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt Mehreinnahmen für die Schulen im Rahmen des Betriebes der Schulumweltzentren durch eine Vermietung auf Basis von Stundensätzen zur Beteiligung an den entstehenden Betriebskosten gemäß Übersicht in der Anlage 2.

Finanzielle Auswirkungen:

2012:	Minderausgabe	224.585,20 €
	Mehreinnahme	610.000,00 €
2013 ff:	Minderausgabe	539,004,48 €
	Mehreinnahme	1.458,000,00 €

**Schulumweltzentrum Franzigmark**

**zu 3.1.1 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /  
Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 1  
(Franzigmark)  
Vorlage: V/2012/10385**

---

Herr Knöchel stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Rederecht von Herrn Riedel und Herrn Dr. Meyer (BUND).

Herr Krause sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus, da die fachliche Diskussion im Fachausschuss geführt wurde / werden sollte.

**Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:**

4 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Auf Nachfrage erläuterte Herr Kogge, dass der von der Stadt Halle (Saale) ausgehandelte Vertrag in der Entwurfsfassung vorliege. In schulfachlichen Dingen wurden die Verhandlungen vom Schulverwaltungsamt geführt und bei objektbezogenen Fragen vom Eigenbetrieb ZGM. Weiterhin betonte Herr Kogge, dass umfangreiche Fragen im Bildungsausschuss beantwortet und das Vorgehen erläutert wurde.

Die Mitglieder kritisierten, dass der vom Stadtrat gefasste Beschluss offensichtlich nicht umgesetzt wurde und jetzt durch die Vorlage die vorliegende Situation geheilt werden soll. Die Verhandlungsphase habe 2009 begonnen.

Herr Kogge erläuterte, dass im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung kein neuer Vertrag mit einer so langen Laufzeit (bis 2031) und finanziellen Verpflichtungen für die Stadt geschlossen werden dürfe. Der Grundsatzbeschluss wurde im letzten Jahr zwar gefasst, aber die finanziellen Auswirkungen waren noch offen. Die Stadt habe sich im gesamten Jahr 2011 in der vorläufigen Haushaltsführung befunden, weil kein von der Kommunalaufsicht genehmigter Haushaltsplan vorlag. In der derzeitigen schwierigen Haushaltslage müsse die Frage neu gestellt werden, wie viel die Stadt für die Umweltbildung der Schüler ausgeben könne. Herr Kogge überreichte eine Broschüre mit umfangreichen Angeboten zur Information der Ausschussmitglieder.

Einige Mitglieder äußerten ihr Unverständnis darüber, dass im Ergebnis des Grundsatzbeschlusses keine Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt eingestellt und der Stadtrat auch nicht darüber informiert wurde, dass der Stadtratsbeschluss von der Verwaltung nicht umgesetzt werden könne. Diese Tatsache erfahren die Mitglieder des Rates durch den Zufall der Haushaltsplanberatungen.

Herr Kogge erinnerte daran, dass er in den Sitzungen des Bildungsausschusses im Dezember 2011 und Januar 2012 über die Situation des Schulumweltzentrums Franzigmark informiert habe. Das eigentliche Schulumweltzentrum ruhe. Dem BUND wurde aufgrund des Ratsbeschlusses eine vorzeitige Besitzeinweisung genehmigt. Es bestehe eine Duldung und Kooperation mit der Stadt.

Herr Geier betonte, dass ein Haushaltsansatz für die Umsetzung des Ratsbeschlusses nicht ausreiche. Ein Vertragsentwurf werde benötigt. Der Stadtratsbeschluss zur Franzigmark wurde im März 2011 gefasst. Im Juli 2011 waren die Vertragsverhandlungen beendet. Zu dieser Zeit erhielt die Stadt auch die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes für den städtischen Haushalt. Es handele sich um eine reine freiwillige Aufgabe. Aus haushaltsrechtlicher Sicht war die Unterzeichnung des Vertrages nicht möglich. Da noch kein Übergang erfolgt sei, könne dem Rat die Schließung vorgeschlagen werden. Sollte die Vorlage abgelehnt werden, werde die gleiche Verfahrensweise wie im Jahr 2011 angewendet. Der Haushaltsansatz belaufe sich (wie im genehmigten Haushalt 2010) auf 55 T€.

Die Stadträte kritisierten, dass bei dem Produkt hätten mehrere Kreuze bezüglich der Freiwilligkeit bzw. der Pflichtigkeit der Aufgabe gesetzt werden müssen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen  
Nein-Stimmen  
Enthaltungen

### **Beschlussvorschlag:**

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 27.03.2012 – öffentlicher Teil – Haushalt 2012 – Dezernat IV

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die **Schließung des Schulumweltzentrums Franzigmark** und damit die Aufhebung des Beschlusses V/2009/08258 vom 24.02.2010 sowie die Aufhebung des Vergabeverfahrens und der Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark (V/2010/09258) vom 30.03.2011.

#### **Finanzielle Auswirkung:**

Mit diesem Beschluss können dauerhaft und langfristig ab 2013 jährlich 57.420 € Haushaltsmittel eingespart werden.

Die Einsparung 2012 ist abhängig vom tatsächlichen Zeitpunkt der Beendigung der Nutzung des Objektes durch die Ökoschule und die Beendigung des Nutzungsvertrages mit dem ZGM.

Bei einem Verkauf des Geländes könnten zusätzliche Erträge erzielt werden.

HHStelle 1.24301.01.53180000

Der Finanzplan ist nicht betroffen.

#### **Schulgarten**

#### **zu 3.1.2 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3 (Schulgarten Galgenberg) Vorlage: V/2012/10384**

---

In der Sitzung des Bildungsausschusses am 20.03.2012 wurde mehrheitlich ein (um den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ergänzter) geänderter Beschluss gefasst.

#### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die **Schließung des städtischen Schulgartens Am Galgenberg zum 31.7.2012.**

#### **Finanzielle Auswirkung:**

Mit diesem Beschluss können folgende Einspareffekte im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erzielt werden:

2012

Personalkosten:

1 Stelle mit 38 Stunden, E 5	37.171,91 €
1 Stelle mit 36 Stunden, E 9 ab 01.09.2012	14.480,08 €

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 27.03.2012 – öffentlicher Teil – Haushalt 2012 – Dezernat IV

Sachkosten für 5 Monate	10.647,07 €
Gesamteinsparung: Produkt: 1.24381.03	62.300 €

2013 erfolgt eine Einsparung in Höhe der Jahreskosten.

Die Einsparung der Personalkosten ist dem Vorschlag zur Mittelreduzierung „nicht wiederbesetzte Stellen“, die Einsparung der Sachkosten dem Vorschlag zur Mittelreduzierung „Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung“ zuzuordnen.

Der Finanzplan ist nicht betroffen.

**zu 3.1.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3 (V/2012/10384) (Schulgarten Galgenberg) Vorlage: V/2012/10565**

---

Herr Dr. Wöllenweber begründete den Antrag seiner Fraktion. Diesem wurde im Bildungsausschuss am 20.03.2012 mehrheitlich zugestimmt.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Antwort auf den Änderungsantrag auch den Mitgliedern des Finanzausschusses zur Verfügung zu stellen.  
Zusätzlich wurde darum gebeten, auch den Kostenaufwand bei Dritten darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

~~Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Schließung des städtischen Schulgartens Am Galgenberg zum 31.7.2012.~~

1. Der Stadtrat beschließt die Schließung des städtischen Schulgartens zum 31.7.2012.
2. Ein Teil der freiwerdenden Mittel soll zur Beschaffung geeigneter Alternativen vor Ort verwendet werden.

**Raumflugplanetarium**

**zu 3.1.12 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13 (Raumflugplanetarium) Vorlage: V/2012/10415**

---

Herr Hildebrand informierte, dass der Änderungsantrag (V/2012/10512) der CDU-Fraktion zur o. g. Beschlussvorlage bezüglich der Streichung des Eintrittspreises für Kinder unter 6 Jahren auf 0 € von der Verwaltung übernommen werde.

Der so geänderten Beschlussvorlage wurde in der Sitzung des Bildungsausschusses am 20.03.2012 zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügten Eintrittspreise für das Raumflugplanetarium „Sigmund Jähn“ ab 01.07.2012.

**Finanzielle Auswirkung:**

Sachkonto: 1.28105.43210100 Ertragserhöhung 2012 ca. 4.000 €  
ab 2013 ca. 8.000 € jährlich

Sport

**zu 3.1.7    Untersetzung der Mittelreduzierung 8  
(Sport)  
Vorlage: V/2012/10408**

---

Die Vorlage wurde in der Sitzung des Sportausschusses einstimmig abgelehnt.

Die Diskussion erfolgte gemeinsam mit der Vorlage zu Top 3.1.14.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt Mehreinnahmen im Produkts 1.42401 – Betrieb von Sportanlagen in Höhe von 781.000 € gemäß Anlage 1.
2. Der Stadtrat beschließt die Kürzung des Produkts 1. 42101 - Sportförderung im Bereich der Unterstützung des Stadtsportbundes e. V. um 40.000 € gemäß Anlage 2.
3. Der Stadtrat beschließt die Kürzung des Produkts 1.42101 - Sportförderung im Bereich der Zuschüsse für Einmietung bei Dritten um 29.046 € gemäß Anlage 3.

**zu            Untersetzung der Mittelreduzierung 15  
3.1.14      (Schulturnhallen / Vereinssport)  
Vorlage: V/2012/10558**

---

Herr Kogge informierte, dass nach der umfangreichen Diskussion im Fachausschuss die Verwaltung die Vorlage zurückgezogen habe, da erkannt wurde, dass eine politische Mehrheit für diese Vorlage im Moment nicht erreichbar sei.

Einige Mitglieder des Ausschusses kritisierten die Qualität der Vorlage und erinnerten daran, dass im Fachausschuss verschiedene Vorschläge unterbreitet wurden.

Herr Geier ergänzte, dass es eine Klarstellung vom Land gebe, dass für die Betriebskosten in den Sporteinrichtungen bei der Nutzung von Vereinen die Vereinbarung eines angemessenen Entgeltes rechtlich möglich sei.

Verschiedene Stadträte führten aus, dass im Sportausschuss mitgeteilt wurde, dass mehrere Sportvereine dazu bereit seien, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Die Vorlage wurde in der Diskussion des Sportausschusses abgelehnt, da das Umlageverhältnis nicht gerechtfertigt und die Steigerung von Null auf den jeweiligen Wert zu hoch angesetzt gewesen sei. Außerdem müsse ein Unterschied zwischen den Nutzern der Hallen und den Pächtern, die bereits Instandhaltungsmaßnahmen übernehmen, gemacht werden.

Im Ergebnis der weiteren Diskussion wurde **die Verwaltung darum gebeten, bis zur Abschlussberatung eine Aufstellung über die Ist-Einnahmen 2011 sowie über die Nutzung von Reha-Gruppen in den Sporthallen zu geben.**

Die Verwaltung avisierte für die Sitzung am 17.4.2012 eine Vorlage bezüglich der Betriebsführung der Robert-Koch-Halle.

**Des Weiteren entschuldigte sich Herr Godenrath (Ressortleiter Sport) für eine fehlerhafte Beantwortung bezüglich einer Anfrage zu den Bädern. Eine Richtigstellung erfolge umgehend.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

zurückgezogen

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt Mehreinnahmen für die Schulen gemäß Vorkostenstellen – Betrieb von Schulturnhallen in Höhe von 1.458.000 € gemäß Anlage.

#### **Finanzielle Auswirkung:**

Dauerhafte Erhöhung der Einnahmen in den Produkten/Leistungen – Bereitstellung und Betrieb von Schulturnhallen für den Vereinssport.

2012 (anteilig): 610 T€

#### **Sozialamt**

Herr Schneller (Amtsleiter Sozialamt) informierte aufgrund einer Anfrage, dass die Personalkosten für die Bearbeitung der Anträge auf Bildung und Teilhabe durch die Stadt getragen werden müssen. Zurzeit werde eine Organisationsuntersuchung im Sozialamt durchgeführt. Eine Umsetzung von Personal aus dem Jugendamt sei nicht möglich. Herr Kogge fügte an, dass keine Arbeitsanteile im Jugendamt durch Bildung und Teilhabe wegfallen. Die Schulsozialarbeit werde im Jugendamt geleistet.

**Die Verwaltung wurde gebeten, die Leistungsbeschreibung (Kennzahlen) der Produkte Hilfe zum Lebensunterhalt (Seite 476) und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen entsprechend 4. Kapitel SGB XII (Seite 478) zu ergänzen.**

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 27.03.2012 – öffentlicher Teil – Haushalt 2012 – Dezernat IV

Dies betrifft noch andere Produkte. Die Verwaltung wurde auch für diese gebeten, die entsprechenden Ergänzungen bis spätestens zur Übergabe der Unterlagen an das Landesverwaltungsamt vorzunehmen.

Herr Schneller sagte auf Bitte eines Ausschussmitgliedes die Überprüfung des Ansatzes für die Sozialbestattungen und eine schriftliche Information bzw. ein Änderungsblatt zu.

Herr Geier avisierte ein Änderungsblatt zum Produkt Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende, Leistungen nach SGB II.

Die Verwaltung wurde gebeten, bei dem Produkt Bildung und Teilhabe SGB II (Seite 490) den Einnahmeansatz schriftlich zu untersetzen.

Die Verwaltung avisierte ein Änderungsblatt.

### **zu 3.1.3 Untersetzung der Mittelreduzierung 4 (Hilfen zur Überwindung soz. Schwierigkeiten) Vorlage: V/2012/10398**

---

Der Vorlage wurde im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss am 15.03.2012 mehrheitlich zugestimmt.

Herr Kogge informierte darüber, dass die Vorlage ausführlich im o. g. Ausschuss erläutert wurde.

Die Verwaltung wurde darum gebeten, die genaue Berechnungsgrundlage bis zur Abschlussberatung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

vertagt

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Untersetzung der Mittelreduzierung, wie in der Anlage aufgeführt, im Produkt – Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten - zu.

#### **Finanzielle Auswirkung:**

Produkt: 1.31107      Reduzierung der Aufwendungen um 100.000 Euro

### **zu 3.1.4 Untersetzung der Mittelreduzierung 5 (Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege: lfd. Zuwendungen) Vorlage: V/2012/10405**

---

Auf Nachfrage erläuterte Herr Kogge, dass vor der Abstimmung der Vorlage im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss die Situation der einzelnen Träger dargestellt wurde. Die Abstimmung erfolgte zusammengefasst. Die Vorlage wurde mehrheitlich abgelehnt.

(22:00 Uhr – Frau Nagel verließ die Sitzung.)

Die Verwaltung konnte die unterschiedliche Herangehensweise an die Kürzungen nicht nachvollziehbar begründen und wurde um Überarbeitung der Vorlage gebeten. Die Kürzung solle in unterschiedlichen prozentualen Anteilen erfolgen, um größte Härten zu vermeiden.

(22:10 Uhr – Herr Wolter verließ die Sitzung.)

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Untersetzung der Mittelreduzierung, wie in der Anlage aufgeführt, im Produkt – Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege: laufende Zuwendungen – zu.

**Finanzielle Auswirkung:**

Produkt: 1.31101      Reduzierung der Aufwendungen um 250.000 Euro

(21:50 Uhr – Frau Hintz verließ die Sitzung)

**zu 3.1.5    Untersetzung der Mittelreduzierung 6  
(Soz. Angelegenheiten- Zuschüsse für Kultureinrichtungen und der  
Zoo GmbH)  
Vorlage: V/2012/10406**

---

Der Vorlage wurde im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss nicht zugestimmt.

Herr Kogge erläuterte, dass die Kürzungen der Zuschüsse für die Kultureinrichtungen und die Zoo GmbH praktisch schon im Jahr 2011 umgesetzt wurde. Die Einrichtungen gewährten die Ermäßigungen an die Berechtigten, stellten aber diese der Stadt nicht in Rechnung. Diese Verfahrensweise könne als Teil der Dienstleistung für die Verwaltung angesehen werden. Die Verwaltung prüfe wiederum die Anspruchsgrundlagen der Berechtigten.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Streichung der Zuschüsse für Kultureinrichtungen und die Zoo GmbH, im Produkt – Sonstige soziales Angelegenheiten – zu.

**Jugendamt**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurden die Behandlung der Produkte des Jugendamtes sowie die Vorlage zu 3.1.6 auf die ordentliche Sitzung am 17.04.2012 verlagt.

**zu 3.1.6    Untersetzung der Mittelreduzierung 7  
                  ((EB Kita)  
                  Vorlage: V/2012/10403**

---

**Abstimmungsergebnis:**

zurückgestellt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften bestätigt das in der Begründung beschriebene Einsparvolumen in Höhe von insgesamt 1,77 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2012.
2. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften fordert die Oberbürgermeisterin auf, den Leiter des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen anzuweisen, dem Stadtrat einen geänderten Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 vorzulegen. Die Reduzierung soll 400.900 EUR betragen, ein Eigenanteil i. H. v. 275.000 EUR ist auszuweisen.

**Finanzielle Auswirkung:**

Produkt: 1.36201    -700.000 EUR  
Produkt: 1.36601    -60.000 EUR  
Produkt: 1.36501 -1.000.000 EUR

**Sondersitzung**

Die Mitglieder des Ausschusses erwarten zeitig genug vor der Abschlussberatung:

- die noch fehlenden Unterlagen, z. B. Finanzplan
- eine Übersicht über die noch offenen Beschlüsse inklusive der Voten der Fachausschüsse
- eine Übersicht über die gestellten Fragen inklusive der Antworten
- eine Übersicht bzw. Austauschblätter bezüglich der Einnahmekorrektur / Anpassung an die Einnahmen 2011

Da abzusehen ist, dass ein Termin für die Abschlussberatung nicht ausreichen wird, wurde durch die anwesenden Mitglieder des Ausschusses einstimmig verabredet, nach der Hauptausschusssitzung am 18.04.2012 eine zweite Abschlussberatung durchzuführen.

**zu 4            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 4.1        Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und  
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen  
aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen**

**Vorlage: V/2012/10476**

---

**Abstimmungsergebnis:**

zurückgestellt bis zur Abschlussberatung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Einnahmeerlöse aus dem Verkauf des kommunalen Grundstücks der ehemaligen Diesterwegschule (Diesterwegstraße 37) in Höhe von 1.000.000 € für zusätzliche investive Maßnahmen an kommunalen Schulen der Stadt (z.B. Brandschutzmaßnahmen oder Maßnahmen des Förderprogramms STARK III) einzusetzen.

**zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 6 Mitteilungen**

---

**zu 7 mündliche Anfragen**

---

**zu 8 Anregungen**

---

Es wurden keine Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 8 gewünscht.

Aufgrund der fortgeschrittenen Tageszeit wurde kein nicht öffentlicher Teil durchgeführt. (Es standen keine Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung.)

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Bürgermeister

Martina Beßler  
Protokollführerin